

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XX, No. 2-2004

GENDER & PEACEBUILDING Frauen und Geschlechterverhältnisse in Post-Conflict Situationen

Schwerpunktredaktion: Petra Purkarthofer

Mandelbaum Edition Südwind

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen
Universitäten
Projekt Internationale Entwicklung / Zentrum für überfakultäre Forschung
der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer (verantwortl.), Margit Franz, Ingeborg Grau,
Irmi Maral-Hanak, Karen Imhof, Johannes Jäger, Bettina Köhler, Franz Kolland,
René Kuppe, Bernhard Leubolt, Brita Neuhold, Andreas Novy, Herwig Palme,
Christof Parnreiter, Petra Purkarthofer, Kunibert Raffer, Andreas Schedler,
Anselm Skuhra, Franziska Schmidtkunz, Cornelia Staritz

Board of Editors:

Dieter Boris (Marburg), John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhals (Leip-
zig), Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch
(Paris), Friedrich Katz (Chicago), Helmut Konrad (Graz), Ulrich Menzel
(Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidel-
berg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel
(Santiago de Chile)

Managing Editor: Pia Lichtblau

Umschlagbild: UN/DPI Photo

Inhaltsübersicht

- 4 Editorial
- PETRA PURKARTHOFER
- 6 Geschlechterverhältnisse zwischen Krieg und Frieden:
Post-Conflict Settings und die Peacebuilding-Arbeit der
Verreiten Nationen
- ANNETTE LYTH
- 32 The Impact of International Peace Building on
Gender Roles in Kosovo
- ILJA LUCIAK
- 52 After the Peace Accords:
Gender and Democracy in Guatemala
- PETRA PURKARTHOFER
- 74 Parteienspektrum in Guatemala
- MARIA STÜCKLER
- 80 Spekulation als mögliche Ursache exzessiver
Preisschwankungen auf Rohstoffmärkten
- 101 Rezensionen
- 103 Autoren und Autorinnen
- 105 Informationen für Autoren und Autorinnen

Anhang: Parteienspektrum in Guatemala

Zusammengestellt von Petra Purkarthofer und Markus Stumpf

Das Parteienspektrum in Guatemala zeichnet sich durch große Instabilität aus. Es kommt zu häufig wechselnden Allianzen für Wahlen, Abspaltungen und Bildungen neuer Parteien sowie Wechsel von Personen zwischen den Parteien. Die Allianzenbildungen zwischen verschiedenen Parteien dauern oft nicht länger als eine Legislaturperiode. Die politischen Parteien sind oft stärker um eine Person zentriert als um ein Programm, was den häufigen Wechsel der PolitikerInnen zwischen den Parteien verständlicher erscheinen lässt. Viele der derzeit in der Legislative vertretenen Parteien besitzen keine sehr lange politische Vergangenheit, sondern wurden erst vor kurzem gegründet. Aufgrund der jahrelangen Verfolgung jeglicher links orientierter Parteien und Gewerkschaften gibt es eine Asymmetrie im Parteiensystem. Auch nach den letzten Wahlen 2003 dominieren die rechten Parteien in der Legislative. Die Koalition aus GANA, UNE und PAN stützt sich auf eine Kongressmehrheit von 96 Abgeordneten. Der Kongress setzt sich insgesamt aus 158 Sitzen (erst seit 2003, davor nur 113) zusammen, wobei 127 in 23 Wahlbezirken über Parteilisten nach dem Mehrheitswahlrecht bestimmt werden, die restlichen 31 im Proporzverfahren über eine nationale Liste.

GANA (Gran Alianza Nacional, Große Nationale Allianz) ist das im Frühjahr 2003 gebildete Bündnis unter der Führung des derzeitigen Präsidenten und konservativen Unternehmers Óscar Berger Perdomo. Dieser kandidierte 1999 noch für die PAN und vertritt vor allem UnternehmerInnen, die an einer Agrarreform wenig Interesse haben. Bereits im Wahlkampf kündigte Berger an, die Förderung von Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen ins Zentrum seiner Politik zu stellen. An seiner Regierung nehmen nun auch UnternehmerInnen aus der Agrarindustrie und dem Agrarexportsektor teil. Die Parteienallianz wurde aus folgenden drei Parteien für die Wahlen 2003 gebildet (47 Sitze):

Die **PMR (Partido Movimiento Reformador, Partei der Reformbewegung)** wurde 1992 als Partido Laborista Guatemalteco (Guatemaltekische Arbeiterpartei) gegründet. Infolge der Integration einer neuen Gruppe um den Geschäftsmann Jorge Briz Abularach (nun Außenminister) wurde die Partei 2002 in PMR umbenannt und die Statuten geändert. Seitdem ist die Partei stärker wirtschaftlich orientiert und kann auf Unterstützung von UnternehmerInnenseite zählen.

Die PP (**Partido Patriota, Patriotische Partei**) ist 2001 aus einer zivilen Vereinigung entstanden. Die zentrale Figur der Partei, der pensionierte General Otto Pérez Molina, war das erste Mal 1993 in der Öffentlichkeit aufgefallen, als er innerhalb des Militärs den Putsch von Jorge Serrano verurteilte. Er war auch in die Friedensverhandlungen auf Regierungsseite involviert. In der Regierung von Oscar Berger ist er Sonderbeauftragter für Sicherheit und Verteidigung. Die Partei gilt als liberal. Die Gleichberechtigung und Beteiligung der Frauen findet in ihrem Programm Erwähnung. Der Staat soll von Interventionen ins Wirtschaftsleben absehen und sich stattdessen verstärkt für die ökonomische Integration der zentral-amerikanischen Länder einsetzen. Die Partei besitzt ebenfalls eine sehr unternehmerfreundliche Ausrichtung. Die PP will vor allem die Mittelschicht ansprechen.

Die PSN (**Partido Solidaridad Nacional, Partei Nationaler Solidarität**) wurde 2002 gegründet. Den Populismus und Personalismus im Parteiensystem sieht sie als Ursache für die schlechte ökonomische Situation, Korruption und Unsicherheit in Guatemala. Die Partei ist im Wesentlichen für einen funktionierenden Rechtsstaat und wirtschaftliche Bedingungen, die die Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigen. Die Familie wird als elementarer Kern der Gesellschaft gesehen.

Die FRG (**Frente Republicano Guatemalteco, Guatemaltekische Republikanische Front**) wurde 1989 (nach der Asociación de Investigación y Estudios Sociales 2003; 1988 nach Munzinger-Archiv Online) von FreundInnen des ehemaligen Diktators José Efraín Ríos Montt gegründet, der über diese Partei wieder an die Macht gelangen will, und ist dem extrem rechten Spektrum zuzuordnen. Er hatte bereits 1974 für die DCG kandidiert, gewann die Wahlen aber nicht. Zu dieser Zeit kam es immer wieder zu Wahlmanipulationen. 1982 gelangte er über einen Putsch an die Macht. Unter seiner Herrschaft steigerte sich das Ausmaß der Gewalt und Repression durch das Militär. Viele Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, die Zivilbevölkerung wahllos im angeblichen Kampf gegen die Guerilla ermordet. Auch die Ergebnisse der Wahrheitskommissionen (CEH, Comisión para el Esclarecimiento Histórico und REMHI, Informe Para la Recuperación de la Memoria Histórica) sprechen in 93% der Fälle die Verantwortung für Massaker und Menschenrechtsverletzungen dem Militär zu und identifizierten für bestimmte Regionen in der Zeit zwischen 1981 und 1983 genozidale Praktiken des Genozids durch den Staat. Ríos Montt ist seit dem Bestehen der FRG ihr Generalsekretär. Zunächst verhinderte Artikel 86 der guatemaltekischen Verfassung, der ehemaligen Putschisten die Bewerbung um das Präsidentschaftsamt untersagt, seine Kandidatur. Sowohl 1990 als auch 1995 wurde seiner Kandidatur nicht stattgegeben. 1999 wurde er in den Kongress und dort zum Kongresspräsidenten gewählt. Ríos Montt ist Prediger bei der evangelikalischen Kirche El Verbo.

Die Parteiorganisation hat keine Parteigruppe, die sich spezifisch mit indigenen Angelegenheiten beschäftigt, da sie alle als Guatemalteken behandeln will. 1999 wurde Alfonso Portillo zum Präsidenten gewählt. (Dieser kam ursprünglich ebenfalls aus der DCG.) Auch im Kongress errang die FRG 1999 die Mehrheit. Zwischen Portillo und Rios Montt sowie ihren AnhängerInnen herrschte ein Kampf um die Vorherrschaft in der Partei, die Rios Montt durch seine Präsidentschaftskandidatur 2003 für sich entschied. Während der Präsidentschaft Portillo wurden FRG-freundliche RichterInnen in den Verfassungsgerichtshof gewählt, die schließlich die Kandidatur von Rios Montt bei den Wahlen 2003 ermöglichten. Bei der Wahl 2003 konnte die FRG nur mehr 16,96% der Stimmen erreichen (43 Sitze). Auch der Ex-Diktator scheiterte mit seinem Versuch Präsident Guatemalas zu werden und schaffte es nicht in die Stichwahl (ausgetragen zwischen Óscar Berger (GAN) und dem UNE-Kandidaten Alvaro Colom Caballeros).

Die UNE (**Unidad Nacional de la Esperanza, Nationale Einheit der Hoffnung**) entstand 2001, als der erste Abgeordnete die ANN verließ und sich Alvaro Colom Caballeros, dem Präsidentschaftskandidaten der ANN im Jahr 1999, zunächst als Parlamentsfraktion anschloss. 2002 waren bereits 7 Abgeordnete zur UNE übergetreten. Die UNE gesteht dem Staat nach wie vor eine zentrale Rolle zu, er ist für die Rahmenbedingungen und das Funktionieren einer sozialen Marktwirtschaft verantwortlich. Privatem, staatlichem und sozialem Sektor werden die gleiche Bedeutung zugeschrieben, diese Sektoren sollen nebeneinander und komplementär zueinander bestehen. Die UNE setzt sich für die Umsetzung der Friedensverträge und einen verbesserten Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen ein. Alvaro Colom ist durch die Gründung der UNE ein Stück nach rechts gerückt, insgesamt ist die Partei aber dem Mitte-Links-Spektrum zuzurechnen. Bei der Wahl 2003 erreichte die UNE 32 Sitze im Kongress.

Die PAN (**Partido de Avanzada Nacional, Nationale Fortschrittspartei**) ist aus der Unterstützung von Alvaro Arzú Irigoyen für das Bürgermeisteramt in Guatemala Stadt 1985 entstanden und hat später auch seine Kandidatur für das Präsidentenamt getragen. Zu ihren GründerInnen gehörte neben einigen UnternehmerInnen auch der heutige Präsident Óscar Berger, der 1991-1999 Bürgermeister der Hauptstadt war. 1995 gewann Alvaro Arzú die Präsidentschaftswahlen und verhandelte die letzte Etappe der Friedensverträge. Auch im Kongress konnte die PAN 1995 die absolute Mehrheit erringen. 1999 konnte ihr Präsidentschaftskandidat Óscar Berger den Wahlerfolg nicht wiederholen. Die PAN ist unternehmerInnenfreundlich, für einen schlanken Staat, für Privatisierungen, vertritt vor allem die Interessen der Klein- und Mittelbetriebe sowie der Industrie. Ab 1999 begann die Mittelschicht größeren Einfluss innerhalb der Partei zu gewinnen. Diese

Auseinandersetzung führte zu einem Richtungsstreit zwischen Óscar Berger und Leonel López Rodas, die jeweils stärker für die alte bzw. die neue Ausrichtung standen. Doch diese Auseinandersetzung entwickelte sich zum persönlichen Kampf zwischen den beiden in der KandidatInnenauswahl für die Präsidentschaftswahlen 2003. Sie endete mit dem Austritt Oscar Bergers aus der Partei. Dieser kandidierte 2003 für GANA. Die PAN setzt sich für Privatisierungen staatlicher Unternehmen, soziale Marktwirtschaft und Respekt des Privateigentums ein. Der Staat hat für Chancengleichheit zu sorgen. Die Familie besitzt einen hohen Stellenwert. Ein großer Teil der Wählerschaft der PAN kommt aus dem urbanen Bereich. (2003: 17 Sitze)

Die ANN (*Alianza Nueva Nación, Allianz Neue Nation*) war das Wahlbündnis zwischen URNG, DIA und einer weiteren Partei des linken Spektrums bei den Wahlen 1999 (bereits vor der Wahl 1999 trat die FDNG aus dem Bündnis aus). Nach dem Austritt von Pablo Monsanto und anderen aus der URNG, gründete dieser eine neue Partei, die ebenfalls diesen Namen trägt. Mitglied dieser Partei ist die für ihre Arbeit während der letzten Legislaturperiode populäre Nineth Montenegro. (2003: 6 Sitze)

Die URNG (*Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca, Guatemaltekische Nationale Revolutionäre Einheit*) ist aus den Guerillaorganisationen hervorgegangen. Sie hat auch den Friedensvertrag ausgehandelt. Seit 1998 besitzt sie den Status einer Partei. Die Transformation in eine politische Partei wurde von den Schwierigkeiten der Wiedereingliederung der Mitglieder in die zivile Gesellschaft begleitet. Für den Transformationsprozess fehlte es vor allem an ausreichenden finanziellen Ressourcen. Die ParteigängerInnen der URNG sind nach wie vor einer prekären Sicherheitslage ausgesetzt. Die Kontroverse über die politische Ausrichtung der URNG hat sich nach den Wahlen 1999 vergrößert. 2001 kam es zur Abspaltung von Pablo Monsanto und Mitgliedern der Teilorganisation FAR (*Fuerzas Armadas Rebeldes*). Diese bildeten ein neues politisches Projekt, die ANN. Die URNG ist für die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen auf allen Ebenen und fordert, die Rolle der Frauen in der Geschichte Guatemalas anzuerkennen. Die URNG ist für einen Staat, der die sozio-ökonomische Entwicklung auch über öffentliche Investitionen fördert. Sie steht für eine verstärkte Verteilungspolitik, für die Modernisierung der Landwirtschaft sowie eine grundlegende Agrarreform, die Stärkung des nationalen Marktes, um eine bessere Integration in den Weltmarkt zu erreichen, und eine Intensivierung der regionalen Wirtschaftszusammenarbeit. Gesundheits- und Bildungswesen sollen ausgebaut werden, um soziale Marginalisierung und Armut besser zu bekämpfen. Die URNG fordert, den indigenen und den Bauernsektor besser zu organisieren, damit diese gesellschaftlichen AkteurInnen

nen ihren Forderungen mehr Gehör verschaffen können. Die URNG erhält vor allem in ländlichen Gebieten Unterstützung, was nicht überrascht, waren es doch die marginalisierten Regionen, die während des Widerstandes zu ihren Unterstützungs- und Rückzugsgebieten zählten. (2003: 2 Sitze)

Die DCG (**Democracia Cristiana Guatemalteca, Guatemaltekische Christdemokraten**) ist die älteste Partei Guatemalas. Sie wurde 1955 gegründet. Während der repressiven Phase zwischen 1978-1982 kam es zur Verfolgung von Christdemokraten unter Lucas García. 1985 stellte die DCG den Präsidenten Vinicio Cerezo Arévalo und errang die absolute Mehrheit im Kongress, die sie allerdings 1990 wieder verlor. Mitte der 90er Jahre wanderten einige ihrer Abgeordneten zur FRG ab. (2003: 1 Sitz)

Die DIA (**Desarrollo Integral Auténtico, Authentische Integrierte Entwicklung**) hat es zwischen 1993-1995 schon einmal gegeben. Damals erreichte sie aber bei den Wahlen 1995 den Mindestprozentsatz des Stimmanteils nicht und verlor ihre Registrierung. 1998 wurde sie erneut vor allem von NGOs, die für soziale Infrastruktur in ihren Gemeinden kämpften, gegründet. Bei den Wahlen 1999 nahm sie gemeinsam mit der URNG an der Allianz der ANN teil. Die Entwicklung der Gemeinden und soziale Gerechtigkeit stehen im Zentrum ihres Programms. Privatinitiativen/Private, staatliche und kommunale Initiativen sollen miteinander kombiniert werden. Seit 1999 steht vor allem die Unabhängigkeit von der URNG im Mittelpunkt. (2003: 1 Sitz)

Die UD (**Unión Democrática, Demokratische Union**) spaltete sich 1993 von den SozialdemokratInnen (PSD) ab. 2000 nahm die Partei eine Gruppe ChristdemokratInnen und ehemaliger PAN-Mitglieder auf. Sie steht für soziale Marktwirtschaft und will die drei gesellschaftlichen Teilbereiche Politik, Ökonomie und zivile Gesellschaft in Einklang bringen. (2003: 2 Sitze)

Die FDNG (**Frente Democrático Nueva Guatemala, Demokratische Front Neues Guatemala**) war 1995 die erste wählbare Alternative für Linkswähler. Sie wurde von sozialen Organisationen, Maya-Gruppen, MenschenrechtsaktivistInnen, GewerkschafterInnen und Frauenorganisationen gebildet.

Quellen:

- Asociación de Investigación y Estudios Sociales (2003): Guatemala: Monografía de los partidos políticos 2000-2002. Guatemala: Departamento de Investigaciones Socio-políticas. <http://www.tse.org.gt/monograf%EDas.pdf>, 17. Juni 2004.
- Bendel, Petra (1996): Parteiensysteme in Zentralamerika. Typologien und Erklärungsfaktoren. Opladen: Leske + Budrich.
- Kurtenbach, Sabine (1998): Guatemala. München: Verlag Beck
- Munzinger Online. <http://www.munzinger.de>, 21.6.2004.
- Molina Mejía, Raúl (2003): Die schwierige Einheit der Linken. Geschichte und Gegenwart einer Krise. In: Stumpf, Markus et al.: Guatemala. Ein Land auf der Suche nach Frieden. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel, 25-36.
- Munzinger-Archiv Online. <http://www.munzinger.de>, 21.6.2004.
- Oettler, Anika (2004): Guatemala: Demokratie auf dem Nährboden der Gewalt. Zu den Perspektiven des Friedensprozesses unter der neuen Regierung Berger. In: Brennpunkt Lateinamerika. 3, Institut für Iberoamerika-Kunde: Hamburg.